

3.6-A (Projekt) Verwaltung digitalisieren: E-Government, Datenschutz und IT-Sicherheit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Die Digitalisierung von Behördendienstleistungen spart Zeit, Geld und Stress für Bürger*Innen und
- 2 Wirtschaft sowie für die Verwaltung selbst. Gerade in einem Flächenland kann der Online-Zugang zur
- 3 Verwaltung die Teilhabe verbessern und die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigern. Wir
- 4 wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit
- 5 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Wir wollen innerhalb einzelner Behörden, das
- 6 "Once-Only-Prinzip" erproben, so dass Bürger*innen ihre bereits vorhandenen Daten nicht jedes Mal erneut
- 7 angeben müssen. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann, braucht es
- 8 qualifizierte IT-Mitarbeiter*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Da Fachleute in
- 9 diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und
- 10 Ausbildung gelegt werden.
- 11 Bei Beschaffung und Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards, standardisierte
- 12 Schnittstellen sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards zwingend festzuschreiben. Bei IT-Verträgen
- 13 wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die mit ausländischen Geheimdiensten u.Ä.
- 14 zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können. Langfristig streben wir bei der öffentlichen
- 15 IT-Infrastruktur einen kompletten Wechsel auf freie und quelloffene Software an. Kommunikation zwischen
- 16 Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung absichern.